

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates!

Der neue Haushalt für das Jahr 2024 stellt uns vor große Herausforderungen. Unser Geldbeutel ist leer. Zum Jahresende 2023 betrug der Schuldenstand der Stadt Weinstadt 9,8 Millionen €. Im Jahr zuvor waren es nur 5,5 Millionen € gewesen. Die geplanten Darlehensaufnahmen für das Jahr 2024 betragen 12 Millionen €, geplanter Schuldenstand am 31.12.2024 somit 21 Millionen €. Das wäre ein neuer Höchstwert. Egal, ob dieser Höchstwert erreicht wird oder der Schuldenstand etwas niedriger ausfallen wird, weil wir gar nicht alle geplanten Investitionen in diesem Jahr umsetzen können, es bleibt die Feststellung: Wir können nicht mehr so weitermachen wie bisher.

Dabei ist auch zu sehen, dass wir im laufenden Betrieb das Ziel gemäß § 80 Abs. 2 der Gemeindeordnung, dass der Saldo aus ordentlichen Erträgen (Einnahmen) und ordentlichen Aufwendungen (Ausgaben) ausgeglichen sein muss, klar verfehlen werden. Die ordentlichen Erträge sind mit knapp 85,4 Million € veranschlagt, die Aufwendungen mit knapp 88 Millionen €, mit der Folge, dass das ordentliche Ergebnis ein Minus von 2,6 Millionen € aufweist. Wir arbeiten also im laufenden Betrieb mit einem deutlichen Minus und der Schuldenstand erreicht einen neuen Höchstwert. Die fetten Jahre sind vorbei, wir müssen uns einschränken.

Um aus dem Schuldensumpf herauszukommen, braucht man entweder mehr Einnahmen oder man reduziert die Ausgaben.

Mehr Einnahmen lassen sich leicht generieren, indem man einfach die Steuern und Gebühren erhöht. Oder man führt ganz neue Steuern ein. Vor mehr als 100 Jahren wurde die Sektsteuer eingeführt, um die Kriegsmarine zu finanzieren. Mit unserer Kriegsmarine ging es danach bergab, aber die Sektsteuer ist uns geblieben.

- 1) Was die Erhöhung von Gebühren angeht, werden auch wir in Weinstadt nicht drumherum kommen, diese zu erhöhen. Wir gehen allerdings davon aus, dass dies ein umfangreicher Abwägungsprozess sein muss, bei dem alle Fraktionen im Gemeinderat gemeinsam mit der Verwaltung prüfen müssen, welche Gebührenerhöhungen mit welchem Verwaltungsaufwand zu einer spürbaren Erhöhung unserer Einnahmen führen können. Wir wollen nicht denselben Fehler machen, wie die Ampelkoalition, die mit einer einseitigen Belastung der

Landwirte willkürlich eine Berufsgruppe zum Sündenbock einer ausufernden Ausgabenpolitik gemacht hat. Bemerkenswert ist daran, dass ausgerechnet diejenigen, die in harten Zeiten mit ihrer Hände Arbeit dafür Sorge tragen, dass landwirtschaftliche Produkte in Deutschland in Einklang mit unseren strengen Gesetzen und zum Wohle aller Verbraucher produziert werden, jetzt die Zeche bezahlen sollen. Die CDU spricht sich deshalb dafür aus, dass notwendige Gebührenerhöhungen gesondert durch eine im Gemeinderat zu bildende Haushaltsstrukturkommission vorberaten wird. Und erst danach entscheidet der Gemeinderat.

- 2) Die Investitionen in Weinstadt werden sich schwerpunktmäßig im Jahr 2024, wie im Haushaltsplan ausgeführt, auf die Erweiterung der Silcherschule in Endersbach, die Neugestaltung der Ortsmitte Endersbach, das Rückhaltebecken Schachen in Strümpfelbach und die Kapitalerhöhungen für die Stadwerke-Projekte Breitbandausbau, neues Hallenbad am Bildungszentrum und Solarpark Schönbühl beziehen. All diese Projekte haben wir in den vergangenen Jahren auf den Weg gebracht und wir möchten Sie erfolgreich ins Ziel bringen.
- 3) Um das zu schaffen, müssen wir uns klarmachen, dass wir bei diesen Projekten, aber auch bei anderen Projekten kostenorientiert arbeiten müssen. Aus unserer Sicht müssen wir sparen, wenn es um die Einholung von irgendwelchen Gutachten geht, die in den letzten Jahren immer wieder viele Projekte begleitet haben. Viele Gutachten bringen wenig für die konkrete Umsetzung, weil sie allgemeine Erkenntnisse, die bereits aus dem Internet oder aus anderen Veröffentlichungen bekannt sind, wiederholen. Für unsere konkrete Arbeit in Weinstadt müssen wir diese allgemeinen Erkenntnisse auf unsere eigenen städtischen Verhältnisse herunterbrechen, um damit zielgerichtete Aufträge für unsere Arbeit zu formulieren. Ein einfaches Beispiel: Wenn unser städtischer Wengerter wissen möchte, wie die Zukunft in unserem Weinberg aussehen soll, dann wird er eine Bestandsaufnahme der bestehenden Rebflächen vornehmen und prüfen, welcher Aufwand für welchen Ertrag notwendig ist. Sodann wird verglichen, ob eine andere Rebsorte ein besseres Ergebnis bringt. Und dann muss abgewogen werden, welche Kosten anfallen, falls man die alten Rebsorten aus dem Boden reißt und neue einpflanzt. Und dafür braucht man kein Gutachten. Jeder professionelle Weinbauer muss dieses Problem im

Alltag lösen. Dann muss es auch für Rathaus und Gemeinderat möglich sein. Bei uns in Weinstadt neigen wir mittlerweile dazu, für Fragen der Mobilität, des Klimaschutzes, des Bauens, der Stadtplanung, der Stellenbewertung, der Kindergartenplanung und für vieles andere mehr, externe Berater zu beauftragen, die viel Geld kosten. Hinzu kommt, dass immer dann, wenn eine sogenannte Bürgerbeteiligung umgesetzt werden soll, externe Berater und Beraterinnen die Veranstaltung in charmanter Weise gestalten mit großen Pinnwänden und farbigen Kärtchen und dicken Textmarkern. Und wer Zeit und Lust hat, bei dieser Bürgerbeteiligung mitzumachen, spürt die eigene Bedeutung, wenn er seine ureigenen Wünsche und Ängste schriftlich niederlegt und an die Wand pinnt. Und diese Pinnwände werden dann mit dem Handy fotografiert und von den Beraterinnen und Beratern ausgewertet. Danach weiß man, was wichtig ist: nachhaltig, barrierefrei, klimaneutral, sicher, vegetarisch, vegan, niederschwellig, verlässlich, gesund, regional, diskriminierungsfrei, biologisch, regenerativ, fair, transparent, konkret, priorisierend, vorurteilsfrei, lebenswert, zertifiziert. Diese Begriffe sind alle richtig und gelten für nahezu alle Projekte. Aber sie müssen nicht jedes Mal aufs Neue durch Bürgerbeteiligung erarbeitet werden. Und ganz zum Schluss spüren auch die Beraterinnen und Berater ihre Bedeutung, wenn sie ihre Rechnung stellen. Wir aber sollten diese Praxis jetzt überdenken.

Und da müssen wir uns außerdem fragen, ob Bürgerbeteiligung immer Sinn macht. Hier ein Beispiel: Als eine von 20 Modellkommunen im interministeriellen Modellprojekt „Ortsmitten - gemeinsam barrierefrei und lebenswert gestalten“ hatte Großheppach die Chance, die Ortsmitte als zentralen Treffpunkt des gesellschaftlichen Lebens und als Ort der Beteiligung zu etablieren und weiterzuentwickeln. Gemeinsam mit Bürgerschaft, Vereinen, Verbänden, Verwaltung und Politik wurden im Jahr 2021 Vorschläge für eine lebenswerte und barrierefreie Gestaltung der Ortsmitte gesammelt und gemeinsam daraus Maßnahmenvorschläge, ein Zielplan und ein Planungsleitbild entwickelt. Für den ersten Beteiligungsworkshop am 22. Juli 2021 in der Prinz-Eugen-Halle in Großheppach wurden lokale Vertreterinnen aus Vereinen, Einzelhandel, Dienstleister und Kirche eingeladen. Zu Beginn der Gruppenarbeit mussten die Teilnehmenden motiviert werden, erste Pinnadeln und Fähnchen zu setzen. Um auch

die Möglichkeit zu haben, sich aktiv zu beteiligen, wurden bei einigen Einzelhändlern Postkarten ausgelegt. Die Bürgerinnen konnten auf diese Weise Ihre Wünsche mitteilen und in Form von Schlagwörtern positive und negative Assoziationen zur Ortsmitte nennen. Die Stadtverwaltung hat im Rahmen des Beteiligungsprozesses das Gespräch mit den Bürgern aktiv gesucht und weitere Ideen für die Ortsmitte Großheppach gesammelt. Für drei Stunden stellte sich der Erste Bürgermeister Herr Deißler mit einem Team der Stadtverwaltung auf den Prinz-Eugen-Platz, um bei Wein, Sprudel und Brezeln ins Gespräch zu kommen. Interessierte hatten die Möglichkeit, ihre Ideen und Anregungen auf einem Modell zu markieren oder eine Postkarte auszufüllen. Schließlich wurde ein kleines Fest organisiert, bei dem die Weinfreunde Getränke und die Schwesternschaft Kaffee und Kuchen verkauften. Zusätzlich wurde das Projekt „Ortsmitten – barrierefrei und lebenswert gestalten“ an einem Planungs- und Informationsstand präsentiert. Dieses Format sollte die offene Diskussion und den Austausch mit den Bürgerinnen fördern. Die Stadt Weinstadt hat für die Veranstaltung die Brachfläche am Prinz-Eugen-Platz freiräumen lassen. Somit konnte das Grundstück betreten und neue Raumeindrücke gewonnen werden.

Und dann: Aus den in der vorangestellten Analyse und den Beteiligungsprozessen gewonnen inhaltlichen und räumlichen Erkenntnissen wurde eine Zielplanung für eine barrierefreie Gestaltung einer lebenswerten Ortsmitte abgeleitet und konkrete Handlungsempfehlungen für die Kommunen entwickelt. Die Zielplanung führte die Maßnamenvorschläge in den gemeinsam definierten Schwerpunktbereichen räumlich zusammen und beschreibt das Bild der neuen Ortsmitte. Ergänzt wurde das räumliche Bild durch eine Maßnahmenübersicht mit Priorisierung und zeitlicher Umsetzungsperspektive.

Den Abschlussbericht hat der Gemeinderat der Stadt Weinstadt in seiner Sitzung am 17.02.2022 einstimmig beschlossen. Damit ist das Förderprojekt in der Ortsmitte Großheppach abgeschlossen.

Und seit dieser Zeit ist nichts mehr geschehen. Viel Einsatz unserer Bürger und viel Geld für die Gutachter. Aber keinerlei Umsetzung. So kann Bürgerbeteiligung nicht gelingen. Wir werden hier Nachfrage halten!

- 4) Ein weiteres wichtiges Thema für uns alle ist der Klimaschutz. Gerade in der jetzigen Zeit müssen wir uns überlegen, wofür wir das knappe Geld ausgeben. Wir gehen davon aus, dass wir schleunigst unsere städtischen Wohnimmobilien zum Wohle der Menschen und des Klimas sanieren müssen. Und wir freuen uns auch, dass mit dem Fotovoltaikpark Schönbühl ein großes Projekt in Weinstadt für den Klimaschutz gestartet wird. Regenerative Energie aus Weinstadt für Weinstadt. Das ist wichtig und verdient unsere Unterstützung. Und das kostet Geld. Aber es ist eine wichtige Investition in die Zukunft.
- 5) Nicht so glücklich sind wir, wenn von uns gefordert wird, zum Wohle des Klimas dafür Sorge zu tragen, dass in den Kantinen/Kindergärten der Stadt Weinstadt möglichst nur noch vegetarische oder vegane Kost angeboten werden soll. Es lässt sich durchaus hören, dass vegetarische Kost sinnvoll für das Klima ist, insbesondere, wenn es sich um regionale Produkte handelt. Wir glauben aber, dass vernünftige Eltern sich durchaus Gedanken machen, was für ihre Kinder gut ist. Und die unvernünftigen Eltern kriegst du sowieso nicht mit Oberlehrer Erziehungsmaßnahmen.
- 6) Auch ein Tempolimit auf der Bundesstraße 29 im Bereich Weinstadt mag durchaus sinnvoll erscheinen zur Einhaltung der Klimaziele. Allerdings wissen wir aus der Vergangenheit, dass eine Kommune hier nur sehr eingeschränkte Möglichkeiten hat, ein Tempolimit auf einer Bundesstraße durchzusetzen. Lärmschutz ist eine Möglichkeit, das Tempo im Bereich einer Kommune zu begrenzen. Ein früheres Gutachten, welches vom Regierungspräsidium Stuttgart eingeholt worden ist, hatte zum Ergebnis, dass die Lärmbelastung für die Anwohner im Bereich der Bundesstraße 29 sich nicht ändert, wenn das bestehende Tempolimit von 120 km/h auf 100 km/h abgesenkt wird. Und für die Durchsetzung von Klimaschutzzielen hat die Gemeinde keine Gesetzgebungskompetenz. Das muss der Bund regeln. Deshalb halten wir es nicht für sinnvoll, den Bürgern vorzugaukeln, wir als Stadt könnten so einfach das Tempo auf der B 29 regeln. Schön ist es, wenn jeder selbst vernünftig fährt.
- 7) Für wichtig halten wir es auch, dass in Weinstadt der öffentliche Personen- und Nahverkehr ausgebaut wird, sodass es z.B. möglich ist, im 15 Minutentakt den Linienbus zu nutzen, so wie es bereits mit der S-Bahn möglich ist (wenn nicht gerade gestreikt wird). Aber auch hier dürfen wir uns nichts vormachen.

Ab dem Jahr 2027, wenn unsere Wünsche für den Ausbau des ÖPNV mit besseren Taktzeiten umgesetzt werden, bezahlt Weinstadt jährlich 476.000 € an den Landkreis. Klimaschutz kostet Geld.

- 8) Was den Klimaschutz angeht, sollte im Interesse der Ökologie auch geprüft werden, inwieweit Biomasse, beispielsweise schnell wachsende Baumarten auf brachliegenden Grundstücken, angebaut werden können. Statt verwahrlosten Grundstücken könnte diese Baumbepflanzung später für Nachschub als nachwachsende Energie beim Betrieb des Blockheizkraftwerkes dienen.
- 9) Abschließend weisen wir darauf hin, dass es uns wichtig ist, dass trotz der engen Haushaltsvorgaben Weinstadt für Jung und Alt lebenswert bleibt. Wer unseren Haushaltsplan mit Aufmerksamkeit liest wird sehen, dass nach wie vor alle wichtigen Aufgaben treu erfüllt werden. Dafür werden wir uns auch in Zukunft einsetzen, gemeinsam mit den anderen demokratischen Fraktionen in unserem Gemeinderat.

Wir danken unserem Kämmerer Ralf Weingärtner und seiner ganzen Mannschaft für die gute Aufbereitung des Haushaltes 2024. Wir sagen allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung Dank für die gute Zusammenarbeit, insbesondere unserem Oberbürgermeister Michael Scharmann.

Ulrich Witzlinger
CDU Fraktion im Gemeinderat
Weinstadt